

MIT-KURZANALYSE DES WAHLPROGRAMMS 2017 VON CDU/CSU

Aufgreifen von MIT-Forderungen im CDU/CSU-Regierungsprogramm

Thema	MIT-Forderung umgesetzt
++ MIT-Forderung voll umfänglich umgesetzt / + überwiegend umgesetzt/ - unzureichend umgesetzt	
<p>Entlastung Einkommensteuer (Zeilen 1290 – 1285)</p> <p>Die Union bekennt sich dazu, die Steuersätze ab dem Eingangssteuersatz zu senken. Das bedeutet Entlastungen für ALLE Steuerzahler. Die relativ höchsten Entlastungswirkungen gibt es bei unteren und vor allem mittleren Einkommen.</p> <p>Die dort geforderte Entlastung entspricht in der Systematik dem Vorschlag des Steuerkonzepts, das die MIT 2016 veröffentlicht hat. Die Verschiebung des Spitzensteuersatzes auf zu versteuernde Einkommen von 60.000 Euro ist exakt so von der MIT gefordert worden. Lediglich die Entlastungswirkung ist mit „gut 15 Milliarden“ niedriger als von der MIT gefordert.</p>	+
<p>Soli-Abschaffung (Zeilen 1281 – 1283)</p> <p>Die Union bekennt sich zur vollständigen Abschaffung des Soli „schnellstmöglich“. Konkret wird eine erste Absenkung mit 4 Milliarden Euro Entlastung in der kommenden Wahlperiode zugesagt. Das entspricht einem Abbau von je 0,5 Prozentpunkten (1/10 des Soli) in 2020 und 2021.</p> <p>Von der MIT wurde die vollständige Abschaffung für 2020 gefordert, aber immerhin bekennt sich die CDU nicht mehr zu dem Abbaupfad von 10 Jahren. „Schnellstmöglich“ bedeutet, dass der Abbau deutlich schneller vorstattengehen soll.</p>	+
<p>Anhebung Kindergrundfreibetrag und Kindergeld (Zeilen 996 – 1003 und 1297 – 1304)</p> <p>Die Union sagt zu, den Kindergrundfreibetrag auf die Höhe des Grundfreibetrags für Erwachsene zu heben. Das entspricht der MIT-Forderung (3. Stufe des MIT-Steuerkonzepts aus 2016). Damit einhergehend, soll – wie ebenfalls von der MIT gefordert – das Kindergeld erhöht werden.</p> <p>Allerdings will die Union dieses Ziel in zwei Stufen umsetzen, wovon nur die erste garantiert in der kommenden Wahlperiode erfolgt, die zweite „spätestens in der darauffolgenden Legislaturperiode“.</p> <p>In der ersten Stufe soll das Kindergeld um 25 Euro je Kind erhöht werden. Die MIT hatte 2016 eine Erhöhung von 190 auf 226 Euro gefordert. Inzwischen ist das Kindergeld auf 192 angehoben worden. Eine Erhöhung auf 217 Euro, wie jetzt von der Union angekündigt, ist recht nah an der MIT-Forderung.</p>	+

<p>Keine Steuererhöhungen (Zeilen 1274 – 1277)</p> <p>Die Union erteilt, ohne Einschränkung, Steuererhöhungen eine Absage. Dies hatte die MIT immer gefordert. Die Union geht damit über die bisherigen Absagen („grundsätzlich keine Steuererhöhungen“) hinaus.</p>	++
<p>Stärkung Meisterbrief/Duale Ausbildung (Zeilen 556 – 562)</p> <p>Die Union bekennt sich zum Erhalt des Meisterbriefs und sagt die Prüfung der Einführung bzw. Wiedereinführung des Meisterbriefs zu. Da dies ausschließlich und dafür vehement von der MIT gefordert wurde, ist das ein eindeutiger Erfolg der MIT. Auch der „Meisterbonus“ zur Erstattung der Prüfungsgebühren sind eine MIT-Forderung.</p>	++
<p>Verwaltungsdigitalisierung/Digitales Bürgerkonto (Zeilen 681 – 688 und 1967 – 1985)</p> <p>Die Union will ein digitales Bürgerkonto einführen, bei dem Bürger nur einmal für alle Behörden ihre Daten eingeben müssen und bei dem sie jederzeit sehen, welche Daten über sie selbst vorhanden und von welchen Behörden abgerufen werden. Das Digitale Bürgerportal/Bürgerkonto soll „für praktisch alle Verwaltungsdienstleistungen deutschlandweit“ gelten, beispielhaft werden Steuererklärung, Antrag auf Kindergeld, PKW-Zulassung und Anwohnerparkausweis genannt. Dies ist die vollständige und sogar noch konkretere Umsetzung einer entsprechenden MIT-Forderung.</p>	++
<p>Digitalminister im Kanzleramt (Zeilen 1918 – 1927)</p> <p>Es wird ein „Digitalminister“ als neuer Staatsminister im Kanzleramt eingerichtet, ferner ein das Kabinett koordinierendes Kabinettsausschuss „Digitalpolitik“ sowie ein „Nationaler Digitalrat“ zum Austausch zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Damit wird die Digitalisierung zur „Chefsache“. Dies setzt eine MIT-Forderung um und geht sogar darüber hinaus.</p>	++
<p>Mindestlohnbürokratie abbauen (Zeilen 476 – 482)</p> <p>Die Union bekennt sich zwar zum Mindestlohn, aber hält die Umsetzung für „bürokratisch und wenig alltagstauglich“. Die Union sagt deshalb den „Abbau unnötiger Bürokratie“ zu und zwar „gleich zu Beginn der neuen Wahlperiode.“ Dies entspricht der MIT-Forderung. Es gibt zwar eine ausdrückliche Erwähnung der Landwirtschaft und Gastronomie, aber durch die Ergänzung „sowie weitere Betriebe“ wird klargestellt, dass die Mindestlohn-Bürokratie generell überarbeitet werden soll.</p>	++
<p>Ausbau Glasfasernetz (Zeilen 1942 – 1957)</p> <p>Die Union kündigt den „flächendeckenden Ausbau von modernsten Glasfasernetzen“ bis 2025 an und wendet sich damit indirekt gegen das Vectoring-Verfahren, um die Kupferkabel der Telekom aufzuwerten. Der von der MIT geforderte Verkauf der Telekomanteile, um damit den Glasfaserausbau zu beschleunigen, findet sich im Wahlprogramm nicht, dafür aber ein klares Bekenntnis zum schnellen Aufbau des 5G-Mobilfunknetzes.</p>	+

<p>Startups besser fördern (Zeilen 551 – 554)</p> <p>Das Bekenntnis der Union zu einer steuerlichen Förderung für Wagniskapitalbeteiligungen ist ein wichtiges Signal für den Startup-Standort und setzt eine MIT-Forderung um. Die von der MIT geforderte Startup-Schutzzone (Bürokratie- und Abgabenerleichterung) sowie Vergabeerleichterungen sind leider nicht aufgenommen worden.</p>	+
<p>Fachkräftezuwanderung erleichtern (Zeilen 437 – 446)</p> <p>Die Union bekennt sich erstmals in einem Wahlprogramm zu einem Einwanderungsgesetz, das sie „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“ nennt. Sie will damit die bestehenden Regelungen zusammenfassen und, „wo nötig, effizienter gestalten“. Dann soll Zuwanderung möglich sein, wenn ein Arbeitsplatz vorliegt und der Lebensunterhalt bestritten werden kann. Dies entspricht vollständig der MIT-Forderung.</p>	++
<p>Flexi-Rente weiter entwickeln (Zeilen 1732 – 1734)</p> <p>Die Union erwähnt die von der MIT initiierte Flexi-Rente als wichtigen ersten Schritt und kündigt an, weitere Verbesserungen durchzusetzen. Die MIT hatte konkreter eine Übertragung auf Beamtenverhältnisse gefordert, aber immerhin soll das Instrument wohl erleichtert bzw. verbessert werden.</p>	+
<p>Arbeitszeitgesetz flexibilisieren (Zeilen 512 – 515)</p> <p>Zwar kündigt die Union an, das Arbeitszeitrecht zu flexibilisieren und damit Möglichkeiten zu nutzen, die die EU-Arbeitszeitrichtlinie bietet. Allerdings will die Union diese Flexibilisierung nur im Rahmen von Tarifverträgen zulassen, so dass große Teile insbesondere des kleineren Mittelstands und fast alle Startups von dieser gerade von diesen Betrieben dringend geforderten Flexibilisierung ausgeschlossen bleiben. Die MIT-Forderung ist insofern nur sehr unzureichend umgesetzt.</p>	-
<p>Planungsverfahren für große Infrastrukturvorhaben verkürzen (Zeilen 727 – 739)</p> <p>Die Union kündigt ein Planungsbeschleunigungsgesetz an, das weniger Bürokratie und kürzere Verfahren vorsieht. Darüber hinaus soll bei besonders wichtigen Projekten das Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter verkürzt werden und bei Ersatzneubauten soll die gerichtliche Überprüfung auf eine Instanz beschränkt werden. Dies entspricht der MIT-Forderung vom Bundesmittelstandstag 2015.</p>	++
<p>Baukostensteigerung vermeiden (Zeilen 1452 – 1455)</p> <p>Die Union kündigt ein Belastungsmoratorium für Neubauten an: Es soll keine Beschlüsse geben, die Wohnraumschaffung verteuern. Dies lässt sich als Absage gegen weitere Umweltauflagen verstehen. Es gibt eine Prüfkündigung, inwieweit „überflüssige Vorschriften“ abgeschafft werden können, um damit Kostensenkungen zu erteilen. Dies kann man auch als Hinterfragung der Energiestandardvorschrift EnEV2016 verstehen, deren Abschaffung die MIT gefordert hat.</p>	+

Zusätzliche Forderungen/Ankündigungen für die Wirtschaft

Thema	MIT-Bewertung
<p>Steuerliche Forschungsförderung (Zeilen 871 – 874)</p> <p>Die Union fordert die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung in Höhe von 2 Milliarden Euro. Die bisherige Projektförderung, die vor allem für KMU wichtig ist, soll aber bestehen bleiben. Die Unternehmen sollen ein Wahlrecht bekommen, ob sie lieber ihre Forschungsprojekte individuell durch Zuschüsse oder ihre Forschungsausgaben pauschal steuerlich gefördert bekommen wollen.</p> <p>Dies ist aus MIT-Sicht eine erwägenswerte Ergänzung der bisherigen Projektförderung.</p>	+
<p>Degressive AfA für Wohnungsneubau (Zeilen 1457 – 1461)</p> <p>Zur Förderung des Mietwohnungsneubaus kündigt die Union an, „nach der Bundestagswahl“ die degressive AfA für einen begrenzten Zeitraum wieder einzuführen.</p> <p>Als vorübergehende steuerliche Begünstigung ist dies für den angespannten Wohnungsmarkt eine sinnvolle Maßnahme.</p>	+
<p>Stabilität der Rente bis 2030 und Rentenkommission</p> <p>Die Union wendet sich gegen jede weitere Änderung des Rentensystems für die Zeit bis 2030, weil sie nach derzeitigem Stand bis dahin das Rentenniveau und die Beiträge als stabil ansieht. Sollte sich daran wider Erwarten etwas ändern, signalisiert sie Bereitschaft für mögliche Reformen. Für den Zeitraum ab 2030 will sie eine parteiübergreifende Rentenkommission unter Einbeziehung der Tarifpartner bis 2019 Vorschläge erarbeiten.</p>	+
<p>Absage an Bürgerversicherung (Zeilen 1500 – 1503)</p> <p>Die Union bekennt sich zum Fortbestand der PKV und lehnt die Einführung einer Bürgerversicherung ab.</p> <p>Allerdings vermissen wir ein Bekenntnis zu stabilen Beiträgen, insbesondere für Arbeitgeber, um Arbeit nicht teurer zu machen.</p>	+